

## Pressemitteilung – 03. Juni 2013

### **Freie Wähler halten die Einbeziehung der Kreiskommunen in den Entscheidungsprozess zur Bildung eines Regionalkreises Kassel für längst überfällig**

Seit mehreren Jahren gibt es bereits Aktivitäten zwischen Landrat Schmidt und Oberbürgermeister Hilgen mit entsprechenden Beschlüssen im Kreistag und der Kasseler Stadtverordnetenversammlung, Landkreis und Stadt zu einem gemeinsamen Regionalkreis zusammenzuführen. Hierzu ist eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des Magistrats der Stadt Kassel, des Kreisausschusses des Landkreises Kassel, des Zweckverbandes Raum Kassel sowie Vertretern des Landes gebildet worden.

Obwohl ein solcher Zusammenschluss massive Auswirkungen auf alle kreisangehörigen Kommunen hätte, sind weder jetzt, noch in der Vergangenheit die politischen Gremien der Kommunen, noch die Bevölkerung in irgend einer Form an diesem Prozess beteiligt worden.

Die Freien Wähler im Landkreis Kassel haben deshalb im Februar dieses Jahres, nachdem Landrat Schmidt und Oberbürgermeister Hilgen erneut bei der Landesregierung vorstellig geworden sind, einen Dringlichkeitsantrag im Kreistag gestellt und darin gefordert, dass keine weiteren Aktivitäten zur Bildung einer Region Kassel, ohne die aktive Mitwirkung der Kreiskommunen an den Entscheidungsprozessen unternommen werden. Diese Forderung hat der Kreistag so mit Mehrheit abgelehnt. Auf einer folgenden Bürgermeisterdienstversammlung sollte dann die Vorgehensweise des Landkreises von den Bürgermeistern abgesegnet werden, was diese dann aber nicht taten, sondern sie nahmen den Sachverhalt lediglich zur Kenntnis.

Zwischenzeitlich hat die Landesregierung unter Einbeziehung seiner Fachämter in einer Stellungnahme an Landrat Schmidt und Oberbürgermeister Hilgen sehr deutlich aufgezeigt, dass ein solcher Zusammenschluss der Stadt Kassel möglicherweise Vorteile, dem Landkreis und seinen Kommunen aber deutliche Nachteile bringen würde. Die Stellungnahme zeigt auch auf, dass eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis, wie sie ja auch bereits gepflegt wird, auch ohne die Bildung einer gemeinsamen Region Kassel, zu den gleichen Ergebnissen führen könnte. Dieses Schreiben wurde zwar den Kreistagsmitgliedern, aber nicht, übrigens ebenso wie die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, den Kreiskommunen zur Verfügung gestellt.

Es ist der falsche Weg, die Kreiskommunen, die von einem solchen Konstrukt stark betroffen wären, außen vor zu lassen und die Verhandlungen lediglich auf Ebene eines Arbeitskreises unter Einbeziehung von OB und Landrat zu führen. Die kommunale Selbstverwaltung ist bewusst oder unbewusst auf den Kreistag reduziert worden. Kommunale Selbstverwaltung fängt aber nicht erst im Kreistag an, sondern bedeutet bei

gegenseitiger Wertschätzung Selbstverwaltung auf beiden kommunalen Ebenen – den Kommunen und Kreis und beginnt somit bereits in den Kommunen.

Deshalb ist es nur richtig, dass jetzt vom Herrn Regierungspräsidenten Druck gemacht wird, endlich die Kommunen einzubinden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Mlasowsky', written in a cursive style.

(Dr. Bärbel Mlasowsky)  
Fraktionsvorsitzende